

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales. Wie üblich sollen die abschließende Beratung und Abstimmung dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir gemeinsam **Antrag Drucksache 17/13778 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

6 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernstnehmen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragsstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn 85 % der Jugendlichen in der zweiten Befragung der sogenannten COPSYS-Studie angeben, dass sie unter einer geminderten Lebensqualität leiden, dann ist das alarmierend.

Wir haben heute Morgen ja schon ausführlich über die Situation von Kindern und Jugendlichen in dieser Pandemie gesprochen. Es ist richtig, dass wir jetzt und an den folgenden Tagen auch noch mal konkreter miteinander über die Handlungsnotwendigkeiten diskutieren; denn es gibt einiges, was aufzuarbeiten ist. Es gibt Lernrückstände aufzuholen, es gilt aber auch ernst zu nehmen, wie die aktuelle Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, aber auch von jungen Erwachsenen ist.

Deutlich wird, und das ist auch eine sehr besorgniserregende Analyse, durch die Isolation in der Pandemie steigen auch die psychische Belastung und die Nachfrage und der Bedarf an Psychotherapieplätzen. Diese Nachfrage übersteigt im Grunde genommen auch in „normalen“, also pandemiefreien Zeiten schon das Angebot an Therapieplätzen. In diesem Jahr ist die Nachfrage nach Therapieplätzen noch einmal um 13 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Das heißt konkret, wir brauchen mehr Angebote zur Bearbeitung psychosozialer Belastungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Wir brauchen aber auch eine Prüfung dessen, wie wir es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, zeitnah ein Therapie- und Begleitungsangebot zu finden.

Vor allem, und das ist heute Morgen auch schon sehr ausführlich diskutiert worden, brauchen junge Menschen Gleichaltrige, und sie brauchen eigene Räume für eine gesunde und ganzheitliche Entwicklung.

Genau das ist es, was seit Monaten stark eingeschränkt ist. Aber es gehört eben elementar zur Entwicklung.

Wir haben so viel über das Für und Wider bezüglich der Schulen gesprochen: Schulen auf, Schulen zu. – Wir haben viel über die Kitas gesprochen. Dabei ist ganz oft ein bisschen hinten runtergefallen, dass Kinder und Jugendliche viel mehr sind als Schülerinnen und Schüler, als Kitakinder oder schlimmstenfalls ein Betreuungsproblem. Wir müssen Kinder und Jugendliche in ihrer ganzen Entwicklung und auch mit ihren ganzen Bedarfen in den Blick nehmen. Sie brauchen Freiräume. Die brauchen sie jetzt vielleicht noch viel dringender als sonst. Darum muss es uns gehen;

(Beifall von Wibke Brems [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

denn Erwachsenwerden und Persönlichkeitsbildung sind eben bei Weitem nicht nur eine Frage von Mathe und Deutsch.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen deswegen einen Stufenplan für die Kinder- und Jugendarbeit. Ich habe heute Vormittag schon gesagt. Ich habe vom Ministerpräsidenten vernommen, dass dort etwas auf den Weg gebracht werden soll. – Der Staatssekretär nickt. Wir werden ihn da beim Wort nehmen, und vor allem werden die Kinder und Jugendlichen Sie da beim Wort nehmen, dass wir endlich einen Stufenplan bekommen.

Jetzt ist Herr Rasche nicht da. Aber selbstverständlich gehört auch die Frage des Jugendsports dazu. Dazu gehören Offene Treffs und die Jugendverbandsarbeit, also Entwicklungsperspektiven und Möglichkeiten für junge Menschen in all ihren Facetten.

Dazu gehört – und auch dazu habe ich die positiven Signale vernommen, aber da ist eben durchaus Eile geboten –, die Rahmenbedingungen zur Förderung von Ferienprogrammen und Ferienfreizeiten müssen jetzt gemacht werden. Die Vorarbeiten sind da. Hygienekonzepte sind ausgearbeitet worden. Jetzt braucht es tatsächlich nur noch die verlässlichen Rahmenbedingungen, aber auch eine verlässliche Finanzierung, damit das so stattfinden kann. Das ist das, was die Jugendlichen in diesen Ferien brauchen. Sie brauchen nicht nur schulische Aufholprogramme, sie brauchen vor allem auch Ferien, nicht zuletzt auch Ferien von dieser für sie belastenden Situation.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine weitere Zahl, die uns aufrütteln muss, ist die Erhebung der JuCo-Studie, die zeigt – das hat Kollege Löttgen ja heute Morgen schon aufgegriffen –, 65 % der befragten Kinder und Jugendlichen hatten den Eindruck und haben nach wie vor den Eindruck, ihre Sorgen würden gar nicht oder eher nicht von der Politik gehört,

wahrgenommen und ernst genommen. Kinder und Jugendliche haben aber ein Recht auf Gehör, und sie haben ein Recht auf Beteiligung, auch und gerade in der Pandemie.

Kinder und Jugendlichen sind in besonderem Maße von dieser Krise betroffen, aber sie sind eben keine Coronageneration oder noch schlimmere Worte, die einem da einfallen könnten. Sie sind auch in dieser Situation Expertinnen und Experten in eigener Sache, und sie wollen sich beteiligen. Sie wollen nicht nur Spielball politischer Entscheidungen sein, sie wollen auch in ihrer Leistung, die sie für diese Gesellschaft erbracht haben, gesehen werden. Deshalb brauchen wir jetzt neue Formate für mehr Beteiligung, beispielsweise in Form digitaler junger Bürgerräte. Wir brauchen auch eine Befragung, die sich vor allem darauf konzentriert: Was sind denn nun wirklich die Bedarfe, die auch Ideen junger Menschen Raum gibt, damit genau dieses Fachwissen der jungen Menschen Eingang finden kann in die weitere Pandemiebekämpfung, aber auch Pandemiebewältigung.

Junge Menschen leisten Außergewöhnliches in ihrer Anpassungsfähigkeit, in ihrer Geduld und in ihrer Solidarität. Jetzt ist es allerspätestens an der Zeit, dass wir ihnen unsere Erwachsenenolidarität mit einem breit angelegten Programm, was sich nicht rein auf die schulischen Aspekte konzentriert, sondern was Kinder und Jugendliche

(Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!)

in ihrer Ganzheitlichkeit betrachtet, in den Blick nimmt. Es ist Zeit für mehr Erwachsenenolidarität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um alles auf den Kopf zu stellen, was wir kurz zuvor noch in berechenbaren Bahnen unseres Alltags wähten, hat es nur einer einzigen Variablen bedurft, und von der hatte zuvor niemand etwas gehört. Eine einzige Variable – und alles ist anders! Diese einzige Variable, mit der niemand gerechnet hatte und die gleichwohl alles zu ändern vermochte, ist das Coronavirus. Unsichtbar und gleichzeitig omnipräsent hat es durch seine Eigenschaft, unsere Gesundheit und das Leben als solches anzugreifen, jeden einzelnen Bereich unseres bisherigen Lebens eingeschränkt – jeden.

Meine Damen und Herren, das Leben ist ein absolutes Schutzgut. Denn Leben ist die Voraussetzung für alles. Oder, um es anders zu sagen: Ohne das Leben – ich

füge hinzu: ohne die Gesundheit – ist alles andere nichts.

Wenn wir über die Frage der Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen zum Schutz dieser absoluten Schutzgüter des Lebens und der Gesundheit sprechen, sollten wir uns stets vor Augen halten: Das Leben und die Gesundheit stehen vor der Klammer.

Meine Damen und Herren, Kinder werden in der frühen Phase ihres Lebens maßgeblich von zwei Sozialräumen geprägt. Der erste Sozialraum ist die Familie, der zweite Sozialraum ist die Kita oder später die Schule. Diese beiden für die Entwicklung und das Wohlergehen unserer Kinder zentralen Bezugs-, Stabilitäts- und Fördersysteme sind von Corona ins Mark getroffen worden und damit im Ergebnis unsere Kinder und unsere Jugendlichen selbst, die Eltern und ganze Familien, ja, wir als Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich haben unsere Kinder und Jugendlichen unter dieser Situation gelitten. Selbstverständlich haben auch die Bedürfnisse unserer Kinder nach Bewegung, nach Bildung, nach Sozialkontakten und auch nach kindlicher Unbeschwertheit gelitten, dort, wo das Leben der Kinder schon vor der Krise war, übrigens ungleich mehr als anderswo. Und Hand aufs Herz: Das tut jedem weh; das tut gerade mir als dreifacher Vater auch in der Seele weh.

Gerade deshalb ist mir dieser Aspekt wichtig. Der Bezugspunkt für die Antwort auf die Frage, ob die Anliegen unserer Kinder und Jugendlichen gehört und ihre angemessenen Bedürfnisse berücksichtigt wurden, ist nicht absolut, er ist relativ.

Was will ich damit sagen? Der Bezugspunkt der Antwort auf die Frage ist weder 100 % des Wünschbaren noch die Situation vor der Pandemie. Der Bezugspunkt ist die sich aus der Pandemie ergebende Krisenlage für die ganze Gesellschaft.

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stehen in Wechselwirkung zu den Bedürfnissen anderer. Ihr Wohl steht greifbar in direktem Zusammenhang mit dem Wohl ihrer Eltern und auch mit dem Wohl der Großeltern.

Haben unsere Kinder und Jugendlichen unter den Kontaktbeschränkungen gelitten? – Ja! Sind ihnen Bildungschancen entgangen? – Ja! Aber waren diese Entbehrungen verhältnismäßig? Haben sie der gesamtgesellschaftlichen Ausnahmesituation angemessen Rechnung getragen? Waren sie mit Blick auf das Ganze und alle erforderlich und damit trotz aller Härten im Lichte der Lage notwendig? Ich komme zu dem Ergebnis: Ja! Und damit geht ausdrücklich keine Relativierung einher, welcher Preis damit verbunden ist.

Meine Damen und Herren, ich verzichte an dieser Stelle auf die obligatorischen Aufzählungen, was alles getan wurde, um Kinder, Jugendliche und Fami-

lien in der Krise zu unterstützen, nehme da ausdrücklich Bezug auf den heutigen TOP 3, wo es aus berufenem Munde unseres Ministerpräsidenten sehr anschaulich vorgestellt wurde.

Den Grünen gestehe ich zum Schluss gerne zu, dass sich die Qualität ihrer Anträge wohltuend und positiv von den Anträgen anderer Fraktionen hier im Hause abhebt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Also auch Ihren!)

Wenngleich mich der endlich ernstzunehmende Duktus der Überschrift mit seiner latenten Unterstellung der Behändigkeit ärgert, weiß ich, dass Ihnen das Thema am Herzen liegt. Ich darf Ihnen aber versichern, liebe Kollegin Paul: Studien werden bereits zu Genüge geschrieben. Sie haben zwei Studien zitiert, Bodo Löttgen hat heute Morgen welche zitiert, in meinem Antrag sind welche. Wir haben noch nicht über Bertelsmann gesprochen. Studien haben wir, Gespräche finden statt.

Wir arbeiten daran, flankierend mit Mitteln vom Bund die nächsten Schritte zu tun für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen und für unsere Familien in Nordrhein-Westfalen.

Wir werden natürlich der Überweisung zustimmen. Danach würde ich dem Antrag aber nicht allzu viel Lebensdauer zusprechen wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und Marc Lürbke [FDP] – Josefine Paul [GRÜNE]: Das finde ich jetzt aber ein bisschen schade! Wir haben doch noch gar nicht darüber diskutiert!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was wir wiederholt zum Thema gemacht haben, wird mittlerweile von immer mehr Studien bestätigt: Kinder und Jugendliche sind die Verlierer dieser Pandemie, und das, obwohl sie sich jetzt fast anderthalb Jahre solidarisch gezeigt haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

So hat uns die Bertelsmann Stiftung vor Augen geführt, dass sich 61 % der Kinder und Jugendlichen einsam fühlen, und sogar 64 % fühlen sich psychisch belastet. Auch in dieser Krise zeigt sich eine soziale Spaltung. Denn Jugendliche, die es ohnehin schwer haben, verlieren am meisten in Sachen Bildung und Bindung. Dramatisch ist auch der Befund, dass sich etwa zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen nicht von der Politik gehört fühlen.

Dann hören wir hier von der regierungstragenden CDU-Fraktion so eine – lassen Sie es mich freundlich

ausdrücken – hochphilosophisch anmutende Rede, in der aber keine einzige konkrete Aussage enthalten war, wie wir denn die Situation für die Kinder und Jugendlichen verbessern wollen.

(Beifall von der SPD)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, wir haben genug Studien, aber daraus nichts abzuleiten, das ist einfach zu wenig, und das ist auch keine Reaktion auf die berechtigten Interessen der jungen Menschen.

(Jörn Freynick [FDP]: Das ist doch nicht wahr!)

Auch hier verpassen Sie in einer Mischung aus Überheblichkeit und Verdrängung die Möglichkeit, politische Mehrheiten für eine andere Politik zu schaffen. Aber was noch viel schlimmer ist: Sie verpassen es, gesellschaftliche Mehrheiten für eine kinder- und jugendgerechte Politik zu organisieren.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das hat sich auch schon in der Debatte zur Kampagne „Stimme für die Jugend“ gezeigt. Einen Kinder- und Jugendgipfel, bei dem junge Menschen selbst zu Wort kommen, haben der Minister und Sie abgelehnt. Gleichzeitig haben Sie aber versichert, dass Sie die Anliegen der Kampagne teilen würden. – Nein, was Sie auch heute zum Besten gegeben haben, ist verbale Aufgeschlossenheit bei völliger Ignoranz.

(Beifall von der SPD)

Das ist eindeutig zu wenig. Dann ist es auch kein Wunder, dass Kinder und Jugendliche sagen, dass ihre Situation für die Politik kaum eine Rolle spielt.

Die mangelnde Wertschätzung der Landesregierung für junge Menschen zeigt sich auch daran, dass Sie bis heute nicht bereit sind, mit den kommunalen Spitzenverbänden über einen Erlass der Kita- und OGS-Gebühren zu verhandeln.

Wer die Probleme von heute nicht angeht, wird nicht glaubwürdig über Perspektiven für Kinder und Jugendliche sprechen können. Auf diese Weise verantworten Sie nämlich nicht nur einen gigantischen Flickenteppich der unterschiedlichen Erstattungsregelungen vor Ort, sondern nehmen den Kommunen auch Spielräume für zusätzliche Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auf Bundesebene wurde ein Coronaaufholpaket von 2 Milliarden Euro beschlossen; davon soll 1 Milliarde Euro gezielt in außerschulische Angebote investiert werden. Gegen diese Mittel für Teilhabe hat sich die CDU lange gewehrt. Warum eigentlich?

Es sollte sich doch mittlerweile herumgesprochen haben, dass junge Menschen mehr sind als Schülerinnen und Schüler. Junge Menschen haben es satt,

auf Noten und Nützlichkeitsbewertungen reduziert zu werden.

(Beifall von der SPD)

Schule ist wichtig, aber das Leben findet nicht nur in Schulbüchern statt. Junge Menschen wollen sich entwickeln, sie brauchen den Kontakt zu Gleichaltrigen und haben ein Recht auf Freizeit und Erholung. Darum kommt es jetzt darauf an, dass die Mittel auch bei der Jugend ankommen. Zu Recht erwartet der Bund dabei auch eigene Anstrengungen der Länder.

Wir wissen, dass die Jugendverbandsarbeit mit ihren Ferienprogrammen und Freizeiten einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, den Nachholbedarf nach Gemeinschaft und nonformaler Bildung auszugleichen. Die Jugendverbandsarbeit hängt aber seit Monaten in der Luft.

Der Landesjugendring hat jetzt selbst ein umfangreiches Konzept für infektionssichere Ferienangebote der Jugendarbeit erarbeitet und dem Ministerium übersandt. Dazu gehören Hygienestandards und Abstandsregelungen sowie Impfungen für Teamerinnen und Teamer, aber auch eine engmaschige Teststrategie. Ich fände es hilfreich, wenn das Land dieses umfassend erarbeitete Konzept unterstützen würde, damit es endlich Planungssicherheit für Ferienfreizeiten geben kann.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hilfreich wäre es aber auch, wenn das Ministerium bereit wäre, sich finanziell an den Selbsttests der Jugendverbände zu beteiligen. Ihr bisheriger Umgang mit der Kinder- und Jugendarbeit in dieser Frage stimmt mich allerdings wenig hoffnungsvoll.

Sie hatten versprochen, der Jugendhilfe Selbsttests zur Verfügung zu stellen. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft aber eine riesige Lücke. Allein im Kreis Lippe wurde ein Bedarf von 40.000 Tests angemeldet; bekommen wird das Kreisjugendamt 6.200. Stattdessen gibt es die Empfehlung, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): ... gerade bei der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit restriktiv vorzugehen, also keine Tests für Ehrenamtliche, keine Tests für Honorarkräfte, keine Tests für Praktikanten und keine Tests für Freiwilligendienstleistende. Das zeigt Ihre Wertschätzung für Kinder- und Jugendarbeit. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Freynick.

Jörn Freynick (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Maelzer, ich frage mich, was Sie hier gerade gemacht haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Er sich auch!)

Ich muss ehrlich sagen: Sie haben einen Werbeblock für die Bundesfamilienministerin und für die nächste Bundestagswahl abgehalten. Sie haben sich an der CDU abgearbeitet. Warum machen Sie das? – Ich habe keine richtige Erklärung dafür.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Weil sie nicht interessant genug waren!)

Ich kann mir nur vorstellen, dass Sie schon im Wahlkampfmodus sind. Sie haben gerade bewiesen, dass es Ihnen weder um die Kinder noch um die Jugendlichen, sondern alleine darum geht, dass Sie schon in den Wahlkampf einsteigen.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Das finde ich nicht redlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das hatten Sie vorher schon aufgeschrieben?)

Die Coronapandemie, die Lockdowns und die daraus resultierenden Schutzmaßnahmen betreffen insbesondere die Jüngsten in unserem Land. Wir alle erinnern uns bestimmt noch an unsere Jugend und daran, wie wichtig sie für unseren weiteren Lebensweg gewesen ist.

Der gemeinsame Alltag in der Kita, in Schulen, das Fahrradfahren zum Baggersee oder das Wochenende nach der Schule auf dem Bolzplatz – all dies ist seit nunmehr einem Jahr nicht mehr in dem uns bekannten Maße möglich, und zwar mit dramatischen Folgen. So haben erst kürzlich die Kinder- und Jugendärzte auf den gravierenden Zustand der Psyche von Kindern und Jugendlichen hingewiesen. Laut den verantwortlichen Ärzten sei es daher notwendig, Schulen und Kitas unter sicheren Bedingungen wieder zu öffnen.

Die Beschreibung der Sach- und Studienlage in Ihrem Antrag ist grundsätzlich richtig, liebe Frau Paul. Kinder und Jugendliche sind stark belastet und fühlen sich bei der Entscheidungsfindung zunehmend vernachlässigt.

Daher bin ich unserem NRW-Familienminister, Joachim Stamp, aber auch unserer Schulministerin, Yvonne Gebauer, sehr dankbar dafür, dass das Versprechen eingehalten worden ist, Kinder und Jugendliche bei weiteren Öffnungsschnitten mit höchster Priorität zu berücksichtigen.

So freut es mich überaus, dass in der heutigen Unterrichtung der Landesregierung verkündet wurde, dass die Kitas ab heute dort in den eingeschränkten Regelbetrieb zurückkehren können, wo der Inzidenzwert unter 165 liegt. Das dürfte mit wenigen Aus-

nahmen in ganz Nordrhein-Westfalen der Fall sein. Auch die Schulen gehen ab dem 31. Mai dort wieder zum Präsenzunterricht über, wo der Inzidenzwert unter 100 liegt.

Damit stellt die Landesregierung weiterhin die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in unserem Land in den Vordergrund. Weitere bereits vorgestellte Öffnungsschritte bei den Freizeitangeboten ab Mitte Mai sind ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung.

Der Kontaktsport im Freien für Gruppen von bis zu 20 Kindern wird bei einem Inzidenzwert von unter 100 wieder erlaubt; ab einem Inzidenzwert unter 50 entfällt die Personenbegrenzung vollständig.

Wir haben eine Öffnungsperspektive für die Freibäder und für die Gastronomie, die endlich unter sicheren Voraussetzungen wieder viel vom schmerzlich vermissten Alltag aus der Zeit vor Corona ermöglichen wird.

Der Antrag der Grünen gibt darüber hinaus weitere Denkanstöße. Einen runden Tisch zu gründen, klingt immer gut. Ein runder Tisch mit allen Akteurinnen und Akteuren der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, der Familienbildung, aber beispielsweise auch mit den Beteiligten an der frühkindlichen Bildung erscheint jedoch sehr ambitioniert, denn die Interessen sind sehr heterogen.

Darüber hinaus befindet sich die Landesregierung grundsätzlich und regelmäßig in einem engen und vertrauensvollen Austausch mit den Menschen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit, um zu erörtern, wie unter den jeweils aktuellen Pandemiebedingungen trotzdem verantwortungsvoll Angebote für Kinder und Jugendliche gemacht werden können.

Studien zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse während der Coronapandemie sind bereits durch zahlreiche Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen in Auftrag gegeben worden oder liegen bereits vor. Ungeachtet dessen teilen wir selbstverständlich Ihr grundsätzliches Anliegen: Die psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen müssen definitiv ins Auge genommen werden.

Ähnliches gilt für den Kinderschutz: Die vorliegenden Meldungen der örtlichen Jugendämter in Nordrhein-Westfalen deuten zwar auf keinen signifikanten Anstieg der Fälle hin; es steht jedoch zu befürchten, dass möglicherweise das Dunkelfeld aufgrund ausbleibender sozialer Kontrollen größer geworden ist. Es bleibt abzuwarten, ob hier gegebenenfalls Nachholeffekte nach erfolgter gesellschaftlicher Öffnung zu beobachten sind.

Ein wie im Antrag geforderter jährlicher Kinderschutzbericht hätte in unseren Augen jedoch keinen Mehrwert im Vergleich zur jährlichen Kinder- und

Jugendhilfestatistik. Außerdem hat die Landesregierung bereits angekündigt, ab 2022 jährlich komplementär über die Umsetzung ihres Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes für den Kinderschutz zu berichten. Auch hier werden regelmäßig Erkenntnisse aus dem Kinderschutz aufgegriffen.

Ich möchte wiederholen: Ihre Analyse der Lage trifft größtenteils zu; das belegen bereits einige Studien und Aussagen von Experten. Die Belastungen der Kinder und Jugendlichen müssen im Auge behalten und angemessen berücksichtigt werden. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen!“ lautet der Titel Ihres Antrags. Und ja, in der Tat ist es allerhöchste Zeit, das Leid von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen. Sie haben völlig recht: Die Lage spitzt sich immer weiter zu. Sie ist dramatisch.

Nach mehr als einem Jahr sehen wir alle das desaströse Ergebnis der Coronamaßnahmen, insbesondere für unsere Kinder und Jugendlichen. Generationen, die ihr Leben noch vor sich haben, junge Menschen, die eine Infektion mit COVID vermutlich ohne Weiteres gut überstanden hätten, leiden nun an Erkrankungen und an Missständen, die sie gegebenenfalls ihr restliches Leben begleiten werden: Übergewicht, Bewegungsmangel, schlechtere Bildungschancen, Einsamkeit bis hin zu Angststörungen, Depressionen und sogar Selbstmordgedanken.

Herr Laschet hat es heute Morgen schon erwähnt, ich muss es aber auch noch einmal ausdrücklich sagen: Die Angst vor der Überlastung der Intensivstationen baumelte ständig wie ein Damoklesschwert über ihren Köpfen. Und die Politik, Ihre Maßnahmen waren permanent von der Angst getrieben, nicht mehr ausreichend Intensivbetten zur Verfügung stellen zu können. Aber die Intensivbetten sind bis heute – Gott sei Dank! – nicht ausgegangen.

Die Psychiatrien sind real überlastet und müssen heute hilfsbedürftige und behandlungsbedürftige junge Menschen abweisen. Sie haben aus Angst und mit Angst genau diese Bedingungen geschaffen. So dramatisch die Situation ist, sie ist wenig überraschend. Schon im Mai 2020 und im November 2020 haben wir die Warnungen der Experten ernst genommen; aber nicht nur die Warnungen der Experten – nein, man muss eigentlich nur selber Eltern sein oder

mit Kindern zu tun haben, um zu sehen und erahnen zu können, welche Auswirkungen Ihre Coronapolitik auf Kinder und Jugendliche hat.

Nicht umsonst stellt die „Bild“-Zeitung nebenbei in ihrem aktuellen Zeitungsartikel fest, dass es schon auffallend ist, dass alle, die im Moment an den Hebeln der Macht sitzen, ob es Frau Merkel ist, ob es ein Herrn Altmaier ist oder ob es Herr Spahn ist, allesamt kinderlos sind.

Deshalb haben wir hier auch im Plenum seinerzeit zum Beispiel folgende Feststellung getroffen: Die Bedürfnisse von Kindern im Rahmen der Maßnahmen der Coronapandemie wurden sträflich vernachlässigt. Kinder haben nach Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf altersgerechte Bildung. Eine monatelange Isolation ohne Kontakte zu Spielgefährden und Großeltern wird den Kindern nicht gerecht. Eine dauerhafte Isolation ist im Sinne des Kinderschutzes nicht tragbar.

Monatelange Schließungen von Kitas und Schulen führen zu sozialen Härten und zu sozialer Ungleichheit. Keine soziale Kontrolle durch Erzieherinnen kann ausgeübt werden, wodurch Kindesmisshandlungen, die im familiären Umfeld geschehen, unentdeckt und die Kinder ungeschützt bleiben.

Oder: Kinder werden verunsichert. Besonders Eltern, die bereits durch Gewalttätigkeiten gegenüber ihren Kindern aufgefallen waren und vom Jugendamt explizit angesprochen und die Kinder besonders betreut werden können und sollen – all das ist nicht mehr gegeben, wenn die soziale Kontrolle in den Kitas wegfällt.

Wir haben ebenfalls festgestellt, dass eine mehrwöchige Isolation im Sinne des Kinderschutzes nicht tragbar ist und zu physischen und psychischen Schäden führen kann, dass Bewegungsmangel bei Kindern zu physischen und psychischen Schäden führen wird oder diese verstärken kann. All diese Feststellungen haben Sie nicht interessiert. Es ist auch keine große Überraschung, dass Sie unseren Anträgen nicht zugestimmt haben.

Jetzt schreibt mittlerweile selbst die „Bild“-Zeitung, wie dramatisch die Situation von Kindern und Jugendlichen ist, und plötzlich sind alle ganz besorgt. Allerdings besser spät als nie, denn es geht schließlich um unsere Kinder. Das Befinden der Kinder und Jugendlichen hat sich in der zweiten sogenannten Welle nochmals dramatisch verschlechtert. Wir haben schon so viele Studien gehört. Ich könnte jetzt auch noch einmal das „Ärzteblatt“ zitieren. Ich lasse es an dieser Stelle.

Eine Sache, die allerdings bisher noch nicht groß Gehör gefunden hat, ist, dass die Kinder- und Jugendpsychiater und -psychologen auch beklagen, dass es verstärkt zum Substanzkonsum gekommen ist, insbesondere bei Jugendlichen, dass sehr viel mehr

Kinder und Jugendliche vor allen Dingen zwischen 12 und 17 Jahren jetzt zu Hause sitzen und Cannabis rauchen.

Auch das heißt: Wir haben hier gegebenenfalls den Grundstein für Suchterkrankungen gelegt, die uns wahrscheinlich noch die nächsten Jahrzehnte beschäftigen werden. Dazu zählt auch Demotivation, etwa – ich habe es auch bei mir erfahren – in der Kampfsportschule. Das Training wird wieder angeboten. Die Eltern melden jetzt, wo sie sogar wieder dorthin könnten, ihre Kinder ab, weil sie es nicht mehr schaffen, ihre Kinder zu motivieren. Die haben sich nach einem Jahr daran gewöhnt, auf dem Sofa zu liegen, Playstation zu spielen und gegebenenfalls auch zu kiffen. Das wird ein ganz schöner Akt, das wieder rückgängig zu machen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber nicht alle! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich glaube es nicht!)

– Nein, natürlich nicht alle, aber viele. Es ist ein großes Problem.

Sie schreiben in Ihrem Analyseteil sehr viel Richtiges. Aber es gibt eigentlich nur eine logische Konsequenz und Forderung, nämlich die Gegebenheiten, die zu diesen Missständen führen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): ... endlich zu beenden, das heißt, den Lockdown zu beenden und Kindern und Jugendlichen so viel Normalität wie möglich zu ermöglichen. Die Kinder und Jugendlichen werden in der Schule ohnehin zweimal die Woche getestet. Das heißt, sie sind doch auch noch in ihrer Freizeit negativ. Dann machen Sie die Freibäder doch auf, lassen sie sie zum Sport gehen, lassen Sie sie ins Jugendzentrum gehen! Die sind doch schon getestet. Aber nein, Sie fordern ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): ... lediglich Symptombdktorei.

Wir werden natürlich der Überweisung in den Ausschuss zustimmen. Aber wir können Ihren Forderungen inhaltlich nicht folgen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gebauer in Vertretung von Herrn Minister Dr. Stamp.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht eines vorweg sagen. Am heutigen Tag ist es besonders auffällig. Wir sprechen permanent davon, dass Kinder und Jugendliche die Verlierer der Pandemie sind, und wir haben eine Zeit lang davon gesprochen, obwohl ich immer vehement widersprochen habe, dass sie der Treiber der Pandemie sind.

Ich glaube, wir sollten uns alle gemeinsam darüber im Klaren sein, was solche sprachlichen Äußerungen unsererseits, auch wenn sie anders gemeint sind, mit den Kindern oder bei den Kindern anstellen. Es wäre meine Bitte, dass wir genau hinschauen, wie wir mit den Kindern umgehen. Wir wissen selbst, was wir meinen. Aber was das bei den Kindern erzeugt, dessen sind wir uns vielleicht nicht immer so bewusst. Das vorweg von meiner Seite.

Kinder und Jugendliche, Familien sind – wir haben es heute Morgen sehr ausführlich besprochen – in besonderer Weise von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen. Dass damit ein wichtiger Lebensbereich für soziale Kontakte und die persönliche Entwicklung nur unter Einschränkungen möglich sind, das steht, glaube ich, außer Frage. Das wissen wir.

Dass dies eine schwierige Situation für die Kinder, für die Jugendlichen und ihre Familien ist, auch das ist uns allen gemeinsam bewusst. Und die damit einhergehenden psychischen Belastungen, die körperlichen Folgen und auch die Verstärkung sozialer Benachteiligungslagen bedürfen daher unserer größten Achtsamkeit.

Als Landesregierung haben wir dies fest in den Blick genommen. Wir haben an vielen Stellen unmittelbare Unterstützung für die Betroffenen bereitgestellt. Wir haben die Rahmenbedingungen so ausgestaltet, dass die Träger der Kinder- und Jugendhilfe, auch unter den Bedingungen der Pandemie, möglichst viele ihrer Hilfen und Angebote aufrechterhalten konnten.

(Beifall von Jens Kamieth [CDU])

Dass sich Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit – das darf man wohl auch sagen – derart selbstlos eingeschränkt haben, auch um Älteren und Vorerkrankte zu schützen und insgesamt auch das Gesundheitssystem damit zu entlasten, verdient unseren Dank, unsere Anerkennung und auch unsere Wertschätzung. Uns als Politik verpflichtet es, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören und natürlich auch auf ihre Bedürfnisse einzugehen.

So hat die Landesregierung eine Befragung junger Menschen im Rahmen der Vorbereitung des 11. Kinder- und Jugendberichts beim DJI in Auftrag gegeben. Darüber hinaus fördert das MKFFI eine Studie, die seit Juni des vergangenen Jahres läuft, in der es unter anderem darum geht, zu ermitteln, wie die offene Kinder- und Jugendarbeit auf die veränderten

Bedürfnislagen junger Menschen in der Pandemie eingehen kann.

Für Kinder und Jugendliche sind zudem selbstverständlich – auch das wurde hier schon gesagt – die Freizeit- und Sportangebote von allergrößter Bedeutung. Damit hier keine Strukturen wegbrechen, unterstützt das Land mit erheblichen finanziellen Mitteln die Träger, ihre Angebote trotz pandemiebedingter Einschränkungen voll leistungsfähig zu halten.

Die Landesregierung ist seit Beginn der Pandemie mit Betroffenen, mit den Fachkräften und den Trägern im regen Austausch, unter anderem zu der Frage, wie unter den jeweils aktuellen pandemischen Bedingungen trotzdem Angebote für die Kinder und Jugendlichen ausgestaltet werden können.

Wir wissen aus den Studien, aber auch aus den vielen Hinweisen der Jugendverbände und anderer Träger der Kinder- und Jugendhilfe um die Erwartungen unserer jungen Menschen, und die Landesregierung nimmt diese Erwartungen ernst, und sie setzt sich auch für die Verbesserung der Situation dieser jungen Menschen ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Daher kann ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 17/13775 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Dieser bekommt die Federführung, und die Mitberatung geht an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wenn niemand gegen die Überweisung stimmt – das ist der Fall – und sich auch niemand enthält – auch das ist der Fall –, haben wir Antrag Drucksache 17/13775 so überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Freiheit für [Name wird nicht wiedergegeben]! Der WDR-Gefangene muss endlich freigelassen werden; der staatliche Rundfunk bedarf einer grundlegenden Reform.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13763 – Neudruck

Herr Kollege Tritschler hat für die antragstellende Fraktion das Wort.